



Die Ideologie: Europa

Tobias Pflüger

Es war so schön im Jahr 2003, trotz der Bomben, die auf den Irak fielen: Donald Rumsfeld beschimpfte die (angeblichen) Kriegsgegner Deutschland, Frankreich und Belgien als »altes Europa«. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen verteilte auf der großen Demonstration gegen den Irakkrieg am 15. Februar 2003 Aufkleber mit genau diesem Slogan »Altes Europa«. Jürgen Habermas sah in dieser Demonstration in einem gemeinsam mit dem inzwischen verstorbenen französischen Philosophen Jacques Derrida veröffentlichten Text sogar die »Wiedergeburt Europas«.¹

Ihr groß angelegter Essay mit dem Titel »Unsere Erneuerung. Nach dem Krieg: Die Wiedergeburt Europas« lobte die Demonstranten: »Zwei Daten sollten wir nicht vergessen: nicht den Tag, an dem die Zeitungen ihren verblüfften Lesern von jener Loyalitätsbekundung gegenüber Bush Mitteilung machten, zu der der spanische Ministerpräsident die kriegswilligen europäischen Regierungen hinter dem Rücken der anderen EU-Kollegen eingeladen hatte; aber ebensowenig den 15. Februar 2003, als die demonstrierenden Massen in London und Rom, Madrid und Barcelona, Berlin und Paris auf diesen Handstreich reagierten. Die Gleichzeitigkeit dieser überwältigenden Demonstrationen – der größten seit dem Ende des Zweiten

Weltkrieges – könnte rückblickend als Signal für die Geburt einer europäischen Öffentlichkeit in die Geschichtsbücher eingehen.«²

Endlich konnten sich die Menschen »als Europäer« besser fühlen, besser als »die Amerikaner«. Es etablierte sich so etwas wie ein Mainstream-Anti-Amerikanismus. »Wir sind die Guten«. (Ausgerechnet) Gerhard Schröder symbolisierte den »guten Europäer« gegen George W. Bush, den »bösen Amerikaner«. Angeblich war Schröder ja gegen den Irakkrieg gewesen.³ Psychologisch spielte das für viele Menschen eine wichtige Rolle. Endlich, »Deutschland« war nicht dabei! Das alte Europa machte nicht mit. Doch das war, wie wir inzwischen wissen, gelogen, und diese Grundstimmung wurde von politisch Verantwortlichen und philosophischen Begleitmusikern für ein neues Projekt ausgenutzt.

Das neue Projekt: ein militarisiertes Kerneuropa

Habermas formulierte es deutlich: »Einstweilen sind wohl nur die kerneuropäischen Mitgliedstaaten bereit, der EU gewisse staatliche Qualitäten zu verleihen. Was tun,

wenn sich nur diese Länder auf eine Definition ›eigener Interessen‹ einigen können? Wenn Europa nicht auseinanderfallen soll, müssen diese Länder jetzt von dem in Nizza beschlossenen Mechanismus der »verstärkten Zusammenarbeit« Gebrauch machen, um in einem ›Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten‹ mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang zu machen. Davon wird eine Sogwirkung ausgehen, der sich die anderen Mitglieder – zunächst in der Eurozone – nicht auf Dauer werden entziehen können. Im Rahmen der künftigen europäischen Verfassung darf und kann es keinen Separatismus geben. Vorangehen heißt nicht ausschließen. Das avantgardistische Kerneuropa darf sich nicht zu einem Kleineuropa verfestigen; es muß – wie so oft – die Lokomotive sein.« Die zentrale Aussage in dem verquastem Habermas-Text ist: Das »avantgardistische Kerneuropa« soll »mit einer gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Anfang machen.«⁴

Die Regierungen der verbalen »Kriegsgegner« hatten das offizielle Ende des Irakkrieges genutzt, um der Militarisierung der EU einen entscheidenden Schub zu geben. Das geschah auf dem so genannten Pralinengipfel mit Belgien, Luxemburg, Frankreich und Deutschland am 29. April 2003 in Brüssel. Dort wurde u.a. beschlossen, ab 2004 ein eigenständiges Kommando der EU für reine EU-Militäreinsätze aufzustellen. Dieser Gipfel war, das machten der belgische Ministerpräsident Guy Verhofstadt und der französische Staatspräsident Jacques Chirac im Vorfeld sehr deutlich, wesentlicher Ausdruck des Ziels der Gegner eines Irakkriegs, eigenständig (ohne die USA) militärisch agieren und intervenieren zu können. Doch auch die deutsche Regierung verfolgt genau dieses Ziel: Der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte in dankenswerter Offenheit seine Schlussfolgerungen aus dem Irakkrieg in einem »Zeit«-Interview verkündet: »Wer für sich in Anspruch nimmt, bei aller Befriedigung von Bündnispflichten im Ernstfall auch zu differenzieren oder Nein zu sagen wie im Falle Irak, der muss sich in die Lage versetzen, auch etwas aus eigener Kraft zu leisten. Insofern stimmt, dass wir uns über die Ausrüstung der Bundeswehr und über ihre Finanzierung unterhalten müssen.«⁵ Übersetzt bedeutet das: weitere Aufrüstung und mehr Geld für die Bundeswehr sowie stärkere Herausbildung einer Militärmacht Europäische Union. Zeitgeschichtlich war der Pralinengipfel ein wesentlicher Schritt hin zur Forcierung der militärischen Komponente der EU, vorangetrieben von einem Kerneuropa. Die Philosophen plapperten nur nach, was die politische Ebene längst eingeläutet hatte.

»Die Europäer«

– *einfach besser als »die Amerikaner«*

Insbesondere so genannte Intellektuelle wie Jürgen Habermas überboten sich darin, »Europa« als grundsätzlich besser als »Amerika« darzustellen: »Europa muss sein Gewicht auf internationaler Ebene und im Rahmen der UN in die Waagschale werfen, um den hegemonialen Unilateralismus der Vereinigten Staaten auszubalancieren.«⁶ Schon wieder? Wir sind die Guten?

Es gebe grundsätzliche Wesensunterschiede zwischen beiden, »den Europäern« und »den Amerikanern«. Der als »Zukunftsforscher« hochgelobte Jeremy Rifkin ist hier am deutlichsten: »Die Wiedergeburt Europas wird von einem neuen europäischen Traum getragen, der in vieler Hinsicht in scharfem Kontrast zum – deutlich älteren – amerikanischen Traum steht.«⁷

Verallgemeinernd und simplifizierend stellt Jeremy Rifkin den »europäischen « gegen den »amerikanischen Traum«: »Der amerikanische Traum betont Wirtschaftswachstum, persönlichen Wohlstand und Unabhängigkeit. Der europäische Traum fokussiert auf Nachhaltigkeit, Lebensqualität und Interdependenz. Der amerikanische Traum huldigt dem Arbeitsethos. Der europäische Traum ist eher auf Freizeit ausgerichtet. Der amerikanische Traum ist untrennbar mit dem religiösen Erbe und tiefen spirituellen Glauben des Landes verbunden. Der europäische Traum ist im Kern säkular. Der amerikanische Traum beruht auf Assimilation: Um Erfolg zu haben, lassen wir unsere ethnische Herkunft hinter uns und verwandeln uns in freie Akteure im großen amerikanischen Schmelztiegel, dem »melting pot«. Der europäische Traum hingegen steht für das Wahre der eigenen kulturellen Identität und ein Leben in einer multikulturellen Welt. Der amerikanische Traum ist verwoben mit Vaterlandsliebe und Patriotismus; der europäische Traum kosmopolitischer und weniger territorial. Amerikaner sind eher dazu bereit, mit militärischer Gewalt zu verteidigen, was sie als ihre ureigensten Interessen ansehen. Europäer zögern, militärische Gewalt einzusetzen. Sie setzen auf Diplomatie und Wirtschaftshilfe, um Konflikte zu vermeiden, und auf friedenserhaltende Maßnahmen, um Ordnung und Sicherheit zu wahren.«⁸

Nach diesen Zuordnungen kommen seine Schlussfolgerungen: »Es ist ein alter Traum, vom Pioniergeist geprägt, aber seit langem passé. Während der amerikanische Geist rückwärts gewandt erlahmt, erleben wir die Geburt eines neuen Europäischen Traums. Dieser Traum passt besser zum nächsten Schritt der menschlichen Entwicklung – er verspricht in einer



zunehmend vernetzten und globalisierten Welt der Menschheit zu globalem Bewusstsein zu verhelfen. Der Europäische Traum stellt Gemeinschaftsbeziehungen über individuelle Autonomie, kulturelle Vielfalt über Assimilation, Lebensqualität über die Anhäufung von Reichtum, nachhaltige Entwicklung über unbegrenztes materielles Wachstum, spielerische Entfaltung über ständige Plackerei, universelle Menschenrechte und die Rechte der Natur über Eigentumsrechte und globale Zusammenarbeit über einseitige Machtausübung.«⁹

»Die Europäer« als Botschafter der »europäischen Idee«

Na, dann lasst sie träumen, möchte man sagen. »Der europäische Traum« – ein Alptraum. Das Fatale an diesem simplifizierenden Unsinn ist, dass er die ideologische Grundstimmung sehr vieler politischer Akteure innerhalb der EU trifft. So wundert es nicht, dass Jeremy Rifkin Berater der EU-Kommission von Romano Prodi war und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit von EU-Kommissaren und EU-Abgeordneten zitiert wird. Das Interessante dabei ist, dass diese Verehrung quer durch praktisch alle Parteien und Fraktionen geht. Außenkommissarin Benita Ferrero-Waldner zitierte ihn pathetisch am Ende ihrer Anhörung im Auswärtigen Ausschuss, die vor der Wahl der Kommission stattfand: »Lassen Sie mich mit Jeremy Rifkin schließen. Der Europäische Traum, schreibt er, »ist ein Silberstreifen am Horizont einer geplagten Welt. Er lockt uns in eine neue Zeit der Inklusivität, Diversität, Lebensqualität, spielerischen Entfaltung, Nachhaltigkeit, der universellen Menschenrechte und der Rechte der Natur und des Friedens auf Erden.«¹⁰ – Europa, Europa über alles, über alles in der Welt?

Besonders Europaabgeordnete egal welcher Couleur beziehen sich auf Rifkin. Seine Texte finden sich auf Homepages von vielen Abgeordneten, wobei das Spektrum vom rechten CSUler Manfred Weber¹¹ über die SPDler Norbert Glante¹² und Jo Leinen,¹³ die

Grüne Gisela Kallenbach¹⁴ bis zur PDSlerin Sylvia-Yvonne Kaufmann¹⁵ reicht, um nur wenige Beispiele zu nennen.

Der US-amerikanische Europaideologe Rifkin kommt vielen Europaabgeordneten wie gerufen, verstehen sie sich doch fast alle als »Botschafter Europas«, gemeint ist natürlich der Europäischen Union. Häufig wird berichtet von Veranstaltungen, in denen die Abgeordneten den dort Anwesenden »Europa nahe gebracht« hätten. Eigentlich sind diese Abgeordneten nichts anderes als »Europamissionare«. »Wir müssen den Menschen Europa erklären«, hört man immer wieder. Besonders auffällig ist das bei Auslandsreisen. Es wird versucht, ein gemeinsames Interesse zu suggerieren, das darin besteht, den anderen den »europäischen Weg« nahe bringen zu müssen. »So wie wir es in Europa machen, so ist es gut.« Diese »Mission Europa« wird besonders deutlich bei dem in Teilen nicht mehr rationalen Kampf für den EU-Verfassungsvertrag.

EU-Verfassungsvertrag als Inbegriff des besseren Europas

Für viele dieser »Europäer« ist der EU-Verfassungsvertrag Inbegriff des besseren Europas. Nur ein Beispiel: Vorreiter der Projektion aller möglichen angeblichen progressiven Errungenschaften in den Verfassungsvertrag ist der Europaabgeordnete Jo Leinen: Er erklärte in der Debatte am 8. Juni 2005 nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden: »Die Verfassung ist nicht tot, wie einige sagen. Die Verfassung lebt, und sie muss auch weiter leben, weil ich keine plausible Alternative gehört habe. [...] Das sind die großen Themen, die bei der Ratifizierungsdebatte in den nächsten 18 Monaten den Menschen überall in den 25 Ländern erklärt werden müssen. Die großen Träume der Europäer, die grundlegenden Werte, die langfristigen Ziele dieses europäischen Projekts, die müssen wir vermitteln und dürfen uns nicht in Kleinigkeiten und Details verlieren. Ein Kollege in meinem Ausschuss hat einmal gesagt, wir

dürfen jetzt nicht die einzelnen Bäume zählen, die 448 Artikel, und da einen herauspicken, sondern wir sollten den ganzen Wald sehen, das ganze Projekt.«¹⁶ Vor den Referenden hatte er noch einen Schlachtruf für den Kampf für den EU-Verfassungsvertrag ausgegeben: »Jetzt müssen wir alles tun, damit dieser Entwurf nicht nur auf dem Papier steht, sondern auch Realität wird. [...] Dieser Entwurf [...] für eine europäische Verfassung muss Wirklichkeit werden. Wenn wir morgen mit großer Mehrheit für die Verfassung stimmen, werden alle hinausgehen und auch dafür kämpfen. Diese historische Chance dürfen sich die Freunde Europas nicht nehmen lassen. Wir dürfen den Gegnern nicht das Feld überlassen, ihre Länder und ihre Völker in die Isolation und in die politische Sackgasse zu treiben!«¹⁷

Nur wer für den EU-Verfassungsvertrag ist, der ist also »ein Freund Europas«? So einfach ist das. Jeremy Rifkin schrieb nach den Referenden in Frankreich und den Niederlanden wieder einen langen Essay in der »Zeit«. »Europa wir brauchen Dich.« Einige der Abgeordneten nahmen das persönlich, haben den Text aber wohl nicht ganz durchgelesen: »Nach der Ablehnung der EU-Verfassung durch die Franzosen und die Niederländer ist Europa in eine Sinnkrise gestürzt. Grund dafür ist die tief sitzende Angst vor der bedrohlichen nationalen und europäischen Wirtschaftslage. Die Neokonservativen behaupten, der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Misere in Europa bestehe darin, die sozialen Leistungen, Vergünstigungen und Hilfsprogramme abzubauen, die jahrzehntelang die europäischen Vorstellungen vom lebenswerten Leben in einer sozial verantwortlichen Gesellschaft geprägt haben. Weiter behaupten sie, der Markt müsse von seinen Fesseln befreit werden, um dem Wettbewerb freie Bahn zu schaffen. Wenn Europa das tue, sagen die Neokonservativen, werde die Wirtschaft florieren, und den Menschen werde es gut gehen. Die Sozialisten hingegen behaupten, das liberale angloamerikanische Modell der ungehinderten Marktwirtschaft, das nur einen Sieger kennt, mache die Reichen nur noch reicher, bringe die Arbeitnehmer an den Bettelstab und führe zu einer rücksichtslosen und ausbeuterischen Gesellschaftsordnung. Meiner Auffassung nach stellt die gegenwärtige europäische Debatte aber nicht die EU-Verfassung in Frage, sondern – indirekt – die Zukunft des Kapitalismus. Dies nicht nur in Europa, sondern auf der ganzen Welt. Immer mehr Europäer fragen sich, ob das liberale oder das soziale Marktmodell die bessere wirtschaftliche Zukunft verspricht. Kurzum, die Verfassungsabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden wurden zu Ersatzforen, auf denen die Menschen ihre öko-

nomischen Vorlieben, Hoffnungen und Ängste zum Ausdruck brachten.«¹⁸ Jetzt hat Rifkin erkannt, dass das Votum in Frankreich eindeutig ein Votum für eine sozialere EU war. Doch der EU-Verfassungsvertrag¹⁹ zementiert geradezu die neoliberale Politik der EU, oder besser den EU-Kapitalismus und gibt ihm dazu noch militärische Mittel an die Hand.²⁰ Ja, es waren Voten gegen neoliberale Politik, für eine sozialere EU, die in Frankreich und den Niederlanden stattgefunden haben.

Europa, der friedliche Krieger

Benita Ferrero-Waldner nutzt Rifkin auch, um zur Sache zu kommen: »Um einen optimistischen – übrigens amerikanischen – Beobachter der Union zu zitieren, Jeremy Rifkin: »Die Welt blickt auf das großartige transnationale Regierungsexperiment der EU. Der europäische Traum gewinnt für eine Generation, die global vernetzt und zugleich lokal eingebunden ist, zunehmend an Attraktivität.« Diese Attraktivität, diesen »europäischen Traum« gilt es umzusetzen. Um den Philosophen Sloterdijk zu zitieren: »Europa, das ist ein Punkt auf der Karte der Hoffnung.« Nur ein mutiges Europa, das sich über die ihm eigenen Stärken und seine »Einheit in Vielfalt« definiert, kann diese Hoffnung geben. Und nur ein offenes Europa, das seine Modernisierung vorantreibt, auf innovative Weise sozial ist und den Bedrohungen unserer Zeit entgegentritt, nur dieses Europa wird das Vertrauen seiner Bürger behalten. Kurzum: Wir brauchen eine neue europäische Gründerzeit. Vielleicht ist die aktuelle Richtungsdebatte die Wiege eines gemeinsamen politischen Bewusstseins, eines europäischen »Demos«, ja eines neuen Sozialkontrakts, der ein festes Fundament für unsere Union im 21. Jahrhundert ist.«²¹

Zudem behauptet Ferrero-Waldner in einer Rede unter der Überschrift »Europa als globaler Akteur – Aktuelle Schwerpunkte Europäischer Außen- und Nachbarschaftspolitik«: »»Die Welt«, so Rifkin, »blickt auf dieses großartige transnationale Regierungsexperiment der EU und hofft, von dort Orientierungshilfen für die Menschheit in einer globalisierten Welt zu finden. Der europäische Traum [...] gewinnt für eine Generation, die global vernetzt und zugleich lokal eingebunden ist, zunehmend an Attraktivität.« Ich bin zuversichtlich, dass Europa noch stärker als bisher die neue Weltordnung aktiv mitgestalten wird. Wir haben das politische Gewicht und die geeigneten Instrumente dazu. Europa kann einen entscheidenden Beitrag leisten, indem es Frieden, Demokratie und Wohlstand nach außen projiziert und mit der nötigen Entschlossenheit gegen die Gefahren unserer Zeit auftritt.«²²

Soll am europäischen Wesen die Welt genesen? »Frieden, Demokratie und Wohlstand nach außen projizieren«, was bedeutet das konkret? Das bedeutet, das Verständnis von Frieden, Demokratie und Wohlstand, das in der EU Mainstream ist, missionarisch in alle Welt zu tragen. Unter »Frieden, Demokratie und Wohlstand« wird in der Europäischen Union mehrheitlich verstanden, dass sich andere an die von »den Europäern« aufgestellten Regeln zu halten haben. Wenn möglich, werden »Frieden, Demokratie und Wohlstand« ökonomisch und politisch »nach außen projiziert«, aber wenn nötig, eben auch militärisch, und dazu brauchen die EU-Eliten wirksame militärische Strukturen, um ein wirklicher »Global Player« werden zu können. Dieser »Frieden des Westens« ist gegen Menschen im Süden gerichtet.

Die »neue Interventionspolitik der Europäischen Union«

Aber Achtung! Dieser »Global Player« ist »besser« als der andere: Sehr schön herausgearbeitet haben das zwei Autorinnen (Marlies Glasius und Mary Kaldor) in der Studie »Human Security Doctrine«.²³ Diese Studie wurde im Auftrag von Javier Solana für die EU erstellt und im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments am 17. Januar 2005 vorgestellt. Die Kurzfassung ist in der Frankfurter Rundschau am 16.12.2004 unter dem ehrlichen Titel: »Die menschliche Sicherheit, Überlegungen für eine neue Interventionspolitik der Europäischen Union«²⁴ erschienen. Darin heißt es: »Seit dem 11. September 2001 weisen viele Kommentatoren auf die zunehmenden weltanschaulichen Divergenzen zwischen Europa und den Vereinigten Staaten hin. Eine der am häufigsten zitierten Beschreibungen des transatlantischen Gegensatzes stammt von Robert Kagan. In seinem Essay »Macht und Ohnmacht« unterscheidet Kagan zwischen der von ihm so genannten hobbesianischen Weltanschauung Amerikas, in der die militärische Macht der Schlüsselfaktor ist, und der europäischen Position, die in Anlehnung an Kant die Ausweitung des internationalen Rechts in den Vordergrund stellt. [...] Eine Supermacht, die ihre militärische Stärke, wenn nötig, jederzeit und an jedem Ort geltend macht, ist daher das einzig mögliche Mittel, um die Ordnung aufrecht zu erhalten und die Anarchie einzudämmen. Die europäische Sicht hingegen setze auf das Recht, um den internationalen Frieden und die Gerechtigkeit sicherzustellen, ausgehend von der Überzeugung, dass friedliche und rechtsstaatliche Nationen nicht in einer Umwelt überleben können, in der das Recht des Stärkeren gilt. [...] Wir sind der Meinung, dass die europäische Weltsicht in der Tat auf kantianischen Prinzipien beruhen sollte. Man



kann die Europäische Union selbst als ein Projekt des »ewigen Friedens« betrachten, demzufolge die Nationalstaaten weiterhin existieren, aber übereingekommen sind, keinen Krieg gegeneinander zu führen und bestimmte Standards einzuhalten, besonders im Hinblick auf Demokratie und Menschenrechte. Aber in zwei wesentlichen Punkten stimmen wir Kagan nicht zu. Zum ersten sind wir der Meinung, dass das Kantianische Konzept im Zeitalter der Globalisierung realistischer ist als ein hobbesianisches Weltbild. Weil Gesellschaften weltweit voneinander abhängig sind, ist es nicht mehr möglich, die Interessen einer einzelnen Nation oder Region unilateral zu verteidigen. Ein geopolitischer Ansatz, der nationale Interessen durch hierarchisch geordnete Beziehungen, gestützt auf militärische Macht, durchsetzen will, wird sich als kontraproduktiv erweisen, wie die Operationen des »Krieges gegen den Terror« in Afghanistan und im Irak zeigen. Zweitens meinen wir jedoch auch, dass der europäische Ansatz militärisch untermauert und »robuster« werden muss als bislang. Die militärischen Kräfte müssen jedoch anders strukturiert werden. Sie müssen in der Lage sein, Gewalt in verschiedensten Teilen der Welt zu verhindern und einzudämmen; doch dies ist etwas anderes als die Fähigkeit, Krieg gegen andere Staaten oder staatsähnliche Gebilde zu führen. Militärische Einsätze müssen sich an den realen Sicherheitsbedürfnissen der Menschen in extremen Bedrohungssituationen ausrichten – damit werden sie auch die Welt für die Europäer sicherer machen.«²⁵ Ist das Ziel eine sichere Welt (nur) für »die Europäer«? Gegen wen? Kaldor und Co. wollen angeblich »nur« einen »Mittelweg«.

Das Ziel von Mary Kaldor und Co. ist eine neue Interventionspolitik der Europäischen Union: »Wir sind der Meinung, dass es zwischen einem nicht-interventionistischen Standpunkt und einer geopolitisch-interventionistischen Sicherheitspolitik einen Mittelweg gibt: eine europäische Sicherheitspolitik, die durchaus darauf vorbereitet ist, notfalls militärische Macht einzusetzen, die diese jedoch zu anderen Zwecken nutzt und dabei Mittel einsetzt, die sich von denen der traditionellen Kriegsführung unterscheiden.«²⁶ Neue, bessere, europäische Kriege?

Mit Moral in den besseren Krieg

Kaldor und Glasius suchen nach moralischen Begründungen (für Militärinterventionen): »Die moralische

Begründung für das Interesse Europas an der Sicherheit von Bürgerinnen und Bürgern außerhalb seiner Grenzen ergibt sich schlicht aus den Prinzipien der Humanität.«²⁷ Moral und Krieg, das hatten wir schon einmal: Der NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien (der so genannte Kosovo-Krieg) als Muster zukünftiger Kriege für die Europäische Union? Schließlich wurde damals massiv »moralisch« und mit dem Argument der Verteidigung von »Menschenrechten« für die Zustimmung zu diesem Krieg getrommelt. Wir erinnern uns an Lügen wie Racak, den Hufeisenplan und an den berühmt-berüchtigten Annex B von Rambouillet oder an die geschichtsrevisionistischen Vergleiche, wie den von Rudolf Scharping, der KZs im Kosovo ausgemacht hatte, oder Joseph Fischer, der Slobodan Milosevic mit Stalin und Hitler gleichzeitig verglichen hatte. Ist das der neue moralische Interventionismus? Peter Struck hat im August 2005 vor den Bundestagswahlen entwaffnend klar die Rolle der rot-grünen Bundesregierung bei der »Enttabuisierung des Militärischen« (Gerhard Schröder) deutlich gemacht. So antwortete er auf Fragen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ): »Hat die Koalition in den vergangenen sieben Jahren der Verteidigungspolitik einen rot-grünen Stempel aufgedrückt? – Eindeutig ja. Wenn Sie sehen, was wir an internationaler Verantwortung übernommen haben, wenn Sie an den Bereich Stabilisierung oder an den Kosovo-Einsatz denken: Das ist nur unter Rot-Grün möglich gewesen, weil wir diejenigen mitgenommen haben, die vorher alle militärischen Maßnahmen für falsch erklärt haben. Das ist ein Verdienst dieser Regierung. Deutschland ist erwachsen geworden, auch im militärischen Bereich. Das konnte eigentlich nur bei Rot-Grün so mit der Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung erfolgen. – Würden Sie im nachhinein sagen, die starke moralische Überhöhung, die im Kosovo-Krieg von vielen sozialdemokratischen und Grünen-Politikern gepflegt wurde, war übertrieben? – Da bin ich mir nicht sicher, weil ich damals nicht der zuständige Fachminister war. Ich hätte manche Formulierungen nicht gebraucht. Sicherlich war mit manchen historischen Vergleichen auch die Zielrichtung verbunden, die Widerstände in den eigenen Reihen zu überwinden.«²⁸

Krieg für Menschenrechte?

Menschenrechte werden im Europäischen Parlament gerne eingeklagt, aber bitte nur bei den anderen! »Schön« anzuschauen ist dies bei den Debatten im leergefegten Europaparlament am Donnerstagnachmittag in den Plenarwochen, bei denen es um »Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit« geht. Menschen-

rechtsverletzungen auf der ganzen Welt werden hier thematisiert. Das ist alles richtig, nur mit welchem Duktus wird hier geredet? Die anderen sollen sich ändern, fast jede Rede ist ein Zeugnis der Selbstgerechtigkeit »der Europäer«. Symptomatisch dafür war die schwedische liberale Abgeordnete Cecilia Malmström, die es in der Debatte zu Menschenrechten am 13.12.2005²⁹ schaffte, in zwei Minuten die Menschenrechtssituation in Tunesien, Kuba, Simbabwe, Weißrussland, Burma, Saudi-Arabien, Kolumbien und Nordkorea anzusprechen und zu drohen, dass sich die EU als »Soft-Power« immer und überall um die Menschenrechte kümmern werde, bis ins letzte Dorf von Nordkorea. Offensichtlich soll am europäischen Wesen die Welt genesen. Sobald Menschenrechtsverletzungen innerhalb der EU oder bei Bündnispartnern der EU oder von EU-Staaten thematisiert werden, ist es aus mit dem Konsens im Europäischen Hause. Die Debatte zu den toten Flüchtlingen in der spanischen Exklave Melilla im Auswärtigen Ausschuss und im Plenum des Parlaments war widerlich. Der konservative spanische Abgeordnete José Salafranca befürwortete den Schusswaffengebrauch gegen »eindringende Angreifer«. Auch Kritik an den Massakern des deutschen Bündnispartners Usbekistan im Herbst 2005 war nicht wirklich gewollt.³⁰ Dort betreibt die Bundeswehr ihren zentralen Umschlagsstützpunkt für alle Armeen der NATO und der EU,³¹ die in Afghanistan im Einsatz sind.³² Wer Krieg für Menschenrechte führt, wer Menschenrechts-Imperialismus betreibt, kann sich offensichtlich nicht so sehr um Menschenrechtsverletzungen in den eigenen Staaten kümmern.

Gegen die Europa-Ideologen

Europa kann also eine Ideologie werden. Nein, Europa ist schon so etwas wie eine identitätsstiftende Ideologie geworden, zumindest für die politische Klasse. Richtigerweise attestierte dieser politischen Klasse der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments Elmar Brok nach den Ablehnungen des Verfassungsvertrages in Frankreich und den Niederlanden »ein Versagen«. Es ist eine Art neuer Nationalismus, ein supranationaler missionarischer EU-Nationalismus, der sich hier herausgebildet hat. Wie ist damit umzugehen? Die Antwort kann nur lauten: Die Prämissen grundsätzlich in Frage stellen! Das kapitalistische Wirtschaftssystem, damit hat der hier vielgescholtene Jeremy Rifkin Recht, steht zur Debatte. Bundespräsident Horst Köhler hat es auf den Punkt gebracht: »Es liegt im Grundinteresse eines jeden funktionierenden Staates, der Privatwirtschaft breite Entfaltungsmöglichkeiten einzuräumen.«³³ Mit vielen salbungsvollen Reden, wie denen des früheren IWF-Direktors Köhler, wird versucht werden,

die eigentliche brutale Politik zu kaschieren. Es geht aber immer um das Gleiche: um ökonomischen Einfluss, den Verkauf eigener Produkte, Ausbeutung, ob das nun »Nachhaltigkeit« genannt wird oder Kapitalismus, ist im Grunde genommen egal. Alle westlichen Staaten haben das falsche Grundkonzept, das falsche kapitalistische und das falsche militaristische Konzept. Dagegen hilft allein Opposition, sonst nichts. Und wir müssen »den Süden mitdenken«, die Menschen im Süden mitdenken, mitdenken, was dieses kapitalistische System täglich für Opfer verursacht. Dann bleibt nur grundsätzliche Opposition als einzige realistische Option.

Anmerkungen

¹ Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques: Nach dem Krieg. Die Wiedergeburt Europas, in: FAZ, 31.05.2003.

² Ebenda.

³ »Angeblich«, weil die Bundesregierung Mittäter des Irakkrieges war, und zwar durch Gewährung von Überflugrechten, Bewachung von Kasernen, durch die grundgesetzwidrige Zurverfügungstellung der in Deutschland befindlichen militärischen Infrastruktur, durch Teilnahme an den AWACS-Flügen über der Türkei usw. Aus den Reihen der Friedens- und Antikriegsbewegung wurde sehr früh die umfangreiche aktive Kriegsunterstützung der deutschen Bundesregierung kritisiert, so in der IMI-Analyse »Wir glauben Euch noch nicht« – Kurzanalyse der neuen deutschen Diskussion zum kommenden Irakkrieg und Vorschläge für Positionen der Friedensbewegung, <http://www.imi-online.de/download/Irak-deutsch.pdf>. Inzwischen (2006) hat auch das Bundesverwaltungsgericht im Urteil Major Florian Pfaff klar formuliert, dass »eine Beihilfe zu einem völkerrechtlichen Delikt (...) selbst ein völkerrechtliches Delikt« ist. <http://www.bverwg.de/files/579d24795cc7aeaa1bc1ccd3faeaddae/3060/2wd12-u-04.pdf>. Die strafrechtliche Umsetzung dieses Wissens und dieses Urteils wird wohl auf sich warten lassen.

⁴ Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques: ebenda.

⁵ Die Zeit, 14/2003.

⁶ Habermas, Jürgen/Derrida, Jacques: ebenda.

⁷ Rifkin, Jeremy: Fakten und Visionen aus amerikanischer Perspektive – Die Geburt eines europäischen Traumes, http://www.kas.de/db_files/dokumente/die_politische_meinung/7_dokument_dok_pdf_6402_1.pdf.

⁸ Ebenda.

⁹ Ebenda. Siehe auch Rifkin, Jeremy (2006): Der Europäische Traum. Die Vision einer leisen Supermacht. Frankfurt a.M.

¹⁰ http://europa.eu.int/comm/commission_barroso/ferrero-waldner/speeches/ephearing_051004_de.htm

¹¹ <http://www.weber-manfred.de/PM/weber/2004/04-09/09-13.html> (ohne Quellenangabe!)

¹² http://www.glante.de/download/europabrief/eubr_dez04.pdf

¹³ <http://tinyurl.com/7dzhs>

¹⁴ <http://www.europa-digital.de/laender/de/mepalbum/kallenbach.shtml>

¹⁵ <http://www.sylvia-yvonne-kaufmann.de/eu-verfassung/verfassungsdebatte/200506101300.html>

¹⁶ <http://tinyurl.com/7refk>

¹⁷ <http://tinyurl.com/7refk>

¹⁸ http://zeus.zeit.de/text/2005/24/Kapitalismus_6

¹⁹ Genauere Informationen zum EU-Verfassungsvertrag siehe http://www.rav.de/download/2005_04_13_Verfassungsbroschur_ges.pdf.

²⁰ <http://www.imi-online.de/download/EU-Broschuere.pdf>

²¹ http://europa.eu.int/comm/external_relations/news/ferrero/2005/sp05_553.htm

²² http://www.eu.int/comm/external_relations/news/ferrero/sp05_30.htm

²³ <http://www.lse.ac.uk/Depts/global/Publications/HumanSecurityDoctrine.pdf>

²⁴ <http://tinyurl.com/7eaum>

²⁵ <http://tinyurl.com/7eaum>

²⁶ Ebenda.

²⁷ Ebenda.

²⁸ FAZ, 25.8.2005. Verteidigungsminister Struck im Gespräch mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung über sieben Jahre rot-grüne Verteidigungspolitik.

²⁹ <http://tinyurl.com/brr5d>

³⁰ <http://tinyurl.com/bwck8>

³¹ <http://tobiaspflueger.twoday.net/stories/1314663/>

³² <http://www.imi-online.de/2005.php?id=1278>

³³ Köhler, Horst: Wirtschaftliche Entwicklung und Sicherheit, 11.2.2005, Rede auf der Sicherheitskonferenz in München, <http://tinyurl.com/721d8>.

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), Welt-Macht Europa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 101-113).

Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler M.A. Er ist Mitglied der Linksfraktion (GUE/NGL) des Europäischen Parlaments, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Koordinator der Linksfraktion im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung. Zudem ist er Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisation und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac.

Wir fordern:
Soziale Sicherheit statt
militärische Großmachtspolitik!



Diese Studie entstand im Rahmen des Projektes »Nein zu dieser EU-Verfassung! Ja zu fairer Entwicklungskooperation!«, das vom Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) großzügig unterstützt wird. Weitere Texte des Projektes finden sich unter www.imi-online.de/EU-Projekt/